

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verroaltung:
Drag, II., Haullctooo nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
N u: 6797.

Teleamt: 57844.

Inserat: m. dem laut Satz
billigt berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich

3. Jahrgang.

Samstag, 3. November 1923.

Nr. 257.

Sachsen und die „proletarische Einheitsfront“.

In der schärfsten Verurteilung des von der deutschen Reichsregierung durch die Sprengung der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung in Sachsen verübten Gewaltaktes herrscht gewiß bei allen Sozialdemokraten volle Einmütigkeit. Nun erscheint es aber notwendig, auch die andere Seite des sächsischen Falles: den Anteil der Kommunisten daran und ihre an den Sturz der sächsischen Regierung sowie die Bildung der neuen Regierung genüßte volle Hege gegen die sozialdemokratische Partei zu besprechen. Die Tat der Reichsregierung zu mißbilligen und dies um so entschiedener, als dieselbe Regierung den habsburgischen Hochverrätern kein Haar zu krümmen sucht, das kann nicht bedeuten, an dem Treiben der Kommunisten achlos vorüberzugehen. Die Kommunisten nehmen die Ereignisse in Sachsen zum Anlaß einer neuen überdimensionalen Säulenkampagne gegen die Sozialdemokratie. Wie alles, was in der Welt vorgeht, den Kommunisten dazu dient, über die Sozialdemokraten herzuwühlen, so mimen sie auch über die Vorfälle in Sachsen eine „schwere und juristische Entschärfung der Arbeiterkämpfe“, fälschlich von „Halbheit und Schwäche“ der sozialdemokratischen Führer, von denen selbst die „Mittel orientieren“ in der Stunde, wo es ausschließlich zu „handeln“ geht, „höllig verlogen und zusammenbrechen“. Der kommunistische Verleumdungsapparat arbeitet also wieder einmal mit Dampf.

Und warum das alles? Weil die deutschen Sozialdemokraten sich nicht den Parolen und Methoden der Kommunisten fügen wollen! Für die deutschen Arbeiter dieses Staates, die nicht unmittelbar unter der Einwirkung der Vorgänge in Deutschland stehen, ist es gewiß nicht immer leicht, angesichts der sich dort überstürzenden Ereignisse, welche unsere deutschen Genossen oft vor die kompliziertesten Fragen der Politik stellen, rasch genug ein abschließendes Bild und Urteil zu fassen. Dies und die Hege der Kommunisten müssen unsere Genossen zur Vorsicht mahnen, sich nicht verwirren zu lassen.

Als in Sachsen die Einigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erfolgte, wurde dies von der gesamten Arbeiterkämpfe freudig begrüßt. Das erschien begreiflich, denn welcher sozialistisch gesinnte Arbeiter empfindet es nicht schmerzhaft, daß sich das Proletariat in Bruderkämpfen zerfleischt. Damals schien tatsächlich eine Selbstbesinnung der Kommunisten eingetreten zu sein und man konnte erhoffen, daß sie, unbeschadet ihrer sonstigen Einstellung, gemeinsam mit den Sozialdemokraten das zur Zeit Wichtigste und Nächstliegende tun werden: die Republik und Demokratie vor dem Ansturm der deutschnational-monarchistischen Reaktion und die Arbeiterschaft vor der Gefahr des weißen Terrors zu schützen, denn die Demokratie ist doch auch für die Kommunisten der Boden, auf dem sie allein für ihre Ideen werben können. Aber es fehlte in der sozialdemokratischen Partei auch schon damals nicht an warnenden Stimmen, welche das Zusammengehen mit Kommunisten in einer Regierung auf der Grundlage der Demokratie für unmöglich, zum mindesten für verfrüht erklärten, da deren Abhängigkeit von den Moskauer Volkenschiebern und die innere Zerfahrenheit der kommunistischen Partei — die von zwei Strömungen beeinflusst ist — noch zu groß sei, als daß sie als verlässliche Weggenossen in Betracht kommen könnten. Manche sahen in dem Eintreten der Kommunisten in die sächsische Regierung nur ein vorübergehendes schlaues Manöver, um die deutschen Sozialdemokraten hinteres Licht zu führen und sie zeitweilig in Sicherheit zu wiegen. Wer sich dessen bewußt bleibt, daß das Hauptziel der Angriffe der Kommunisten nicht die Bourgeoisie oder die bürgerlichen Parteien sind, sondern die Sozialdemokratie,

Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister

Stresemann lehnt die Forderungen der Reichstagsfraktion ab. — Erdrückende Mehrheit für den Austritt aus der Regierung. — Die große Koalition gesprengt. — Regierungstrife in Sachsen.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Stresemann-Kabinetts haben heute abends ihren Rücktritt erklärt. Damit hat eine Episode ihr Ende erreicht, in der die sozialdemokratische Partei unter Zurücksetzung ihrer Parteiinteressen alles getan hat, um das deutsche Volk aus seiner großen Bedrängnis zu retten. Wenn das Deutsche Reich, was jetzt kaum vermeidbar erscheint, in Trümmern geht, so trägt an dieser katastrophalen Entwicklung allein die deutsche Bourgeoisie ihre volle Schuld.

Die Ereignisse, die zur Sprengung führten, spielten sich wie folgt ab: Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich von der Annahme ihrer Forderungen das Verbleiben ihrer drei Vertreter in der Regierung abhängig gemacht. Die Forderungen trugen keineswegs sozialistischen Charakter, ihre Verwirklichung sollte vielmehr ausschließlich der Erhaltung der jetzigen Staatsform dienen. Es hätte eigentlich jedermann als selbstverständlich erscheinen müssen, daß diesen Postulaten auch die bürgerlichen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen, zustimmen. Tatsächlich wägen die Demokraten und das Zentrum bereit gewesen, über die sozialdemokratischen Forderungen zu verhandeln. Nun machten sich wieder dieselben Bestrebungen bemerkbar, die schon das erste Kabinett Stresemann zu Fall gebracht hatten und die auch damals darauf abzielten, die Sozialdemokraten aus der Regierung hinaus zu drängen, damit es ihnen dann um so leichter gelänge, den Kurs der Reichsregierung ungehindert nach rechts zu wenden, mit einem Worte: der reaktionäre Kurs, wie er in Bayern herrscht, sollte nach ihrem heißesten Wunsch auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Diese Bestrebungen erwiesen sich für alle vernünftigen Erwägungen der bürgerlichen Elemente, die einem Entgegenkommen den Sozialdemokraten gegenüber das Wort redeten.

Für heute Nachmittag hatte der Reichskanzler die Führer der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Besprechung eingeladen. Diese Aussprache verlief ergebnislos, da alle Versuche, ein Kompromiß herbeizuführen, scheiterten. Daraufhin sah die Fraktion mit erdrückender Mehrheit — nur 18 Genossen waren anderer Meinung — den Beschluß, ihre Mitglieder aus der Regierung abzuberufen.

Was jetzt geschehen, was jetzt kommen wird, weiß in Deutschland kein Mensch; man spricht davon, daß das Kabinett auch ohne Sozialdemokraten fortbestehen werde. In diesem Falle müßte es sich auf die Deutschnationalen stützen, was natürlich sofort die schärfste Opposition der Sozialdemokraten auslösen würde. Gegen einen deutschnationalen Einfluß auf die Regierung ständen sich übrigens auch die Demokraten. Auch mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung muß gerechnet werden, wenn der Kabinettsbildung sich unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen sollten. Die rechtsstehenden Kreise bemühen sich, beide Möglichkeiten auszusuchen und unter Befestigung Stresemanns eine neue Regierung nach dem Muster des Herrn von Raab und Kuder zu bringen, die Deutschland im reaktionären Sinne beherrschen würde.

Würde dieser Versuch tatsächlich unternommen werden, so wären die heftigsten politischen Erschütterungen und der Bürgerkrieg die Folgen.

Was aber auch kommen mag: die Sozialdemokratie hat ihre Bewegungsfreiheit wiedergewonnen, sie wird im Entschel angekämpft zwischen Kapital und Arbeit an der Spitze des Proletariats stehen und es zu verhindern wissen, daß die bestehenden Klassen auf den Trümmern des Deutschen Reiches ihre reaktionären vom Pöbel gegen die Arbeiterschaft erfüllten Absichten verwirklichen können.

Daß die neue Regierungstrife innerpolitisch verhängnisvolle Wirkungen auslösen, so wird sie einen nicht weniger schädlichen Einfluß auf die außenpolitische Lage des Reiches ausüben. Gerade jetzt machten sich Zeichen einer Verringerung der Situation bemerkbar, die durch die Absicht, eine internationale Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands einzusetzen und durch die entschiedene Absage Englands an die separatistische Bewegung im Rheinlande gekennzeichnet war. Solange das Chaos in Deutschland, das durch die letzten Ereignisse noch vergrößert wurde, andauert, ist natürlich an eine befriedigende Weiterentwicklung dieser Anläufe nicht zu denken.

die nach den Weisungen der Moskauer Zentrale zuerst „vernichtet“ werden muß, der konnte diesem Mißtrauen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen.

Die Geschichte der „Einheitsfront“ mit den Kommunisten in der sächsischen Regierung hat diesen Warnern recht gegeben. Den Kommunisten fiel es vom ersten Tage dieser Einheitsfront nicht ein, sich an die Vereinbarungen zu halten, welche die Grundlage für das Zusammengehen mit ihnen bildeten. Dabei handelte es sich keinesfalls um vorübergehende Schwankungen und vereinzelte Versuche, den eingeschlagenen realpolitischen Kurs zugunsten der kommunistischen Romantik zu verlassen, sondern um eine aufgelegte und systematische Treulosigkeit. Es ging ihnen nur darum, die von ihnen zu demagogischen Zwecken gepredigte Einheitsfront rein äußerlich herzustellen, doch die Grundlage ihres Handelns sollten allein ihr Wille, ihre Methoden und ihr Ziel,

nicht aber die getroffenen Vereinbarungen sein. So mußte bald zwischen unserer Partei und den Kommunisten ein klaffender Gegensatz entstehen, der eben die Auflösung der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition herbeiführte hätte, wenn nicht der brutale Gewaltstreik der Reichsregierung die offene Aufzeigung der Unmöglichkeit dieses Bündnisses verhindert hätte.

Um dies in vollem Maße zu erkennen, muß man sich das Wesen des Bolschewismus, dessen Jünger die Kommunisten sind, vor Augen halten. Die Kommunisten verwerfen, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die Demokratie, wobei sie sich mit den Rechtsrepublikanern auf einer Linie finden. Nach kommunistischen Grundsätzen gibt es nur einen Weg zur Rettung, den Weg, den Rußland ging, also: die „proletarische Diktatur“. Aber nicht einmal in Rußland haben die Bolschewiken den Beweis erbracht, daß eine solche Diktatur mög-

Stresemanns Ablehnung.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler hatte in der Besprechung mit unseren Genossen erklärt, daß die sozialdemokratischen Forderungen nach seiner Rücksprache mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien für unannehmbar angesehen werden müßten. Der Reichskanzler begünstigte die Ablehnung mit grundsätzlichen und sachlichen Erwägungen. Als prinzipiellen Grund für die Ablehnung führte Stresemann an, daß das Kabinett sich nicht dem Vorwurf aussetzen könne, daß es seine Politik auf die Forderungen einer einzelnen Partei feststelle und besonders unter dem „marristischen Druck“ gegen Bayern vorgehe. Das würde heißen, die innere Krise noch mehr zu verschärfen. Außerdem erklärte der Reichskanzler, die verlangte Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes in diesem Augenblicke mit Rücksicht auf die Ereignisse in Sachsen und an der tschechischen Grenze Bayerns für unmöglich.

sich ist, denn was dort „Diktatur des Proletariats“ heißt, ist in Wirklichkeit nur die Diktatur der selbsternannten Sowjetregierung, bestenfalls die Diktatur einer Partei, das ist der Kommunisten. Die Kommunisten haben wohl die Weltrevolution, nachdem sie das italienische und ungarische Proletariat dem weißen Schrecken ans Messer geliefert haben, abgeseigt, aber die Krise Deutschlands und die bittere Not des deutschen Volkes läßt sie jetzt die Hoffnung hegen, daß es doch möglich wäre, wenigstens Deutschland zu bolschewisieren. So baldigen sie seit einiger Zeit wieder der verderblichen Romantik, der Weg aus dem deutschen Wirral gehe nur über den Bürgerkrieg, gehe nur über die Diktatur und den Terror. Diesem Zwecke gilt die auch von Herrn Karl Kreislich aus Reichenberg im Abgeordnetenhaus verkündete Parole, daß „die Diktatur der Bourgeoisie nur durch die Diktatur des Proletariats verhindert werden kann“. Darin liegt eine Behauptung, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht: Es ist falsch und verlegen, als hätte das Proletariat Deutschlands zwischen einer Diktatur von Links oder Rechts zu wählen. Zu entscheiden ist nur: entweder Diktatur des hofenrenzierischen Faschismus, oder Erhaltung der Republik und Demokratie! Aber, der die Möglichkeiten und wirklichen Machtverhältnisse in Deutschland kennt, weiß, daß es ein Drittes nicht gibt! Wer einen anderen Weg, als den Kampf um die Erhaltung des demokratischen Staates propagiert, spielt ein schicksalloses, triviales Spiel mit dem Schicksal der Arbeiterklasse. Die Kommunisten sind auch in Deutschland nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft, daß sie selbst die Diktatur etablieren könnten, glaubt niemand, und ebensowenig ist anzunehmen, daß ihrem Diktaturgeschrei die übrige Arbeiterschaft nach den russischen Erfahrungen folgen werde. Um auf dem Umwege über den Hungertod zahlloser Menschen und ein Schreckenregime von Bürgerkrieg, Diktatur und Terror zum Kapitalismus zurückzukehren, wie das in Rußland geschehen ist, dazu werden sich sozialdemokratisch bewußte Arbeiter nicht hergeben und werden sich zu einer solchen „Rettung“ Deutschlands nicht verstehen. Ganz abgesehen davon, daß infolge der Vermischung der Arbeiterklasse, der Macht ihrer Gegner und der allgemeinen Lage in Deutschland eine solche „proletarische Diktatur“ augenblicklich ins Reich der Märchen gehört. Daß die Kommunisten dennoch wieder der Rußtaktik anhängen, ist Torheit und Verbrechen zugleich. Das war, wie in einem zweiten Artikel gezeigt werden soll, die Ursache des Zerfalles der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition in Sachsen.

Bayern rüstet gegen Deutschland.

Aufmarsch bayrischer Truppen in voller Kriegsausrüstung festgestellt.

Berlin, 2. November. Nach vor dem Ausschneiden der sozialdemokratischen Minister aus dem Reichskabinett hat Reichsminister des Innern Solfmann an den bayrischen Ministerpräsidenten von Knilling ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

Die preussische und thüringische Staatsregierung erheben bei mir entschiedene Vorstellungen gegen irreguläre Truppenkonzentrationen an der nordbayrischen Grenze. Bedeutende Truppenkonzentrationen mit Geschützen amtlich festgestellt. Amtliche Meldungen sprechen von Grenzüberschreitungen auf thüringisches Gebiet. Preussische und thüringische Staatsregierung, besorgt wegen Bedrohung ihrer Länder, verlangen Schutz von der Reichs-

regierung. Große Beunruhigung in ganz Mitteldeutschland wegen der militärischen Vorgänge in Nordbayern. Im Reichsinteresse erzwinge um baldige Klärung über Rüstungen in Nordbayern und Maßnahmen der bayrischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr.

Im Anschlusse an dieses Telegramm sagt der „Vorwärts“: Das Telegramm wirft ein grelles Licht auf den unhaltbaren Zustand, der sich zwischen Bayern und dem Reich herausgebildet hat. Es ist der Zustand einer drohenden Kriegsgefahr. Bayern rüstet gegen Deutschland. Wenn sich die Reichsregierung nicht entschlossen zeigt, die republikanischen Kräfte aufzurufen, wird ihr nichts übrig bleiben als die Kapitulation.

Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 2. November. Wie der Regierung nahestehende Kreise mitteilen, wird die Sprengung der großen Koalition in Berlin ihre Niederschlagungen auf Sachsen haben. Die Regierung Hellisch ist durch das Berliner Ereignis in ihrer Grundlage auf das schwerste erschüttert. Selbst die Demokraten, die sie bisher allein unterstützt haben, um die Reichsregierung zu retten, haben nun an dieser sozialistischen Minderheitsregierung kein Interesse mehr.

Die Rache für den Generalstreik.

Berlin, 2. November. Einer Meldung des „Vorwärts“ aus Dresden zufolge sind in Chemnitz ungefähr neun Zehntel der Arbeiter, die der Generalstreikpartei gefolgt waren, nicht wieder aufgenommen worden. Auch in den Dresdener Betrieben wurde ein Teil der Arbeiter nicht wieder zur Arbeit zugelassen. In Zwickau wurde der Teil der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte, der am Streik teilgenommen hatte, ausgesperrt.

Separatistenführer sind Bandenführer.

Die Engländer dulden auf ihrem Gebiet keinen bewaffneten Separatisten.

London, 2. November. Der Kölner Berichtsjournalist der „Times“ meldet, für die Engländer sei der Separatistenführer Dr. Kremer nur der bewaffnete Führer einer Bande und würde in Übereinstimmung mit der Entscheidung der britischen Regierung, separatistische Unruhen in der britischen Zone nicht zuzulassen, als solcher behandelt werden. Einzelne Separatisten hätten bei den Engländern um Waffenscheine ersucht; sie wurden mit ihren Ansuchen zurückgewiesen und man hat ihnen erklärt, daß, wenn sie in der britischen Zone ohne Erlaubnis der Engländer Waffen besitzen, wie alle anderen behandelt werden, die sich gegen die Ordnung Nr. 3 vergehen.

London, 2. November. (M.) Die „Times“ kommentieren den Standpunkt der britischen Regierung zu der separatistischen Bewegung in den Rheinländern und zu der Frage der selbständigen Rheinrepublik, wie derselbe kürzlich von der englischen Regierung in Paris und Brüssel dargelegt worden ist. Die „Times“ sagen, daß diese vernünftige Note zur rechten Zeit gekommen sei. Sie bemerken mit Befriedigung, daß die Aktion der britischen Regierung in Paris gut aufgenommen worden sei und fügen hinzu, daß unter den französischen Publizisten nicht we-

nige sind, die offen zugeben, daß die separatistische Bewegung in den Rheinländern in ihrer jetzigen Form eine verfehlte ist.

Belgisch: Gendarmerie entwirrt Separatisten.

Nachen, 2. November. (Wolff.) Die Sonderbündler sind nachmittags auf Anordnung des Verkehrsdelegierten, der im Auftrage der Rheinlandskommission handelt, durch die belgische Gendarmerie entwirrt worden. Für die Sicherheit der Sonderbündler ist der Leiter der deutschen Polizei persönlich verantwortlich. Das Rathaus und das Regierungsgebäude sind wieder von deutscher Polizei besetzt. Einige der von den Sonderbündlern gefangengehaltenen Deutschen, so der Landtagsabgeordnete Menschau, sind wieder frei. Der Kreisdelegierte verbot bis auf weiteres jeden Verkehr von Bewaffneten und verhängte eine Sperre des Nachverkehrs über den Stadt- und Landkreis Nachen.

Sabotageakte der Separatisten.

Nachen, 2. November. (Wolff.) Gestern sind von auswärts eingetroffene Sonderbündler in das Regierungsgebäude eingedrückt. Heute früh beschossen Sonderbündler von Häusern des Marktplatzes aus das Rathaus, und durchschnitten die Wasserrohre, wodurch die Umgehung des Marktplatzes unter Wasser gesetzt wurde. Gegen 10 Uhr wurde das Rathaus von den Sonderbündlern besetzt. Feuerwehreinheiten und Angestellte wurden abgeführt. Die belgische Wache im Rathause griff nicht ein.

Ein belgischer Offizier erschießt einen Deutschen.

Nachen, 2. November. (Gavas.) Bei den Unruhen in Erelenz tödete ein belgischer Offizier einen Deutschen und verwundete mehrere.

Krupp einig mit der Entente.

Düsseldorf, 2. November. (Gavas.) Die alliierte Kommission und Krupp haben endgültig das Abkommen, betreffend die Wiederaufnahme der Arbeit in sechs Gruben unterfertigt.

Wahltag der englischen Arbeiterpartei

Große Niederlage der bürgerlichen Parteien.

London, 2. November. (Gavas.) Bei den Gemeindevahlen in 80 Städten englischer und walesischer Distrikte haben die Arbeiterpartei 28 und die Unabhängigen 4 Mandate gewonnen. Die Konservativen verloren 17 und die Liberalen 24 Mandate.

Eine Wahlreform in Frankreich.

Paris, 2. November. Der Minister des Innern hat gestern der Kammerkommission ein Wahlreformprogramm unterbreitet, das die Wahlteilung in 25 festländische Regionen vorsieht. Die Zahl der Abgeordneten sinkt auf Grund der Regionaleinteilung noch unter die von der Kammer bereits beschlossene Ziffern von 530. Die neue Kammer würde 490 Abgeordnete des Mutterlandes haben, zu denen 16 Abgeordnete aus Algerien und den Kolonien hinzukommen, die von dem Regierungsprogramm nicht berührt werden. Im Vergleich mit der heutigen Kammer mit 626 Mitgliedern wird die neue Kammer 120 Abgeordnete weniger zählen.

Paris, 2. November. Der Landesauschuß der sozialistischen Partei hat den geschäftsführenden Ausschuh beauftragt, in möglichst kurzer Zeit einen Parteikongreß einzuberufen, der die Wahlreform beschließen soll.

Deonomische Praxis und politische Praktiken des russischen Staatsbolshewismus.

Von M. Jesimov.

I.

Alle diejenigen, die jenseits der Grenze lebend, in normal europäischen Verhältnissen erzogen, in der diesen Verhältnissen entsprechenden Denkweise an die Dinge herangehend, die russische Wirklichkeit der letzten Jahre, das ökonomische und politische Tun der Bolschewiki beobachten — all ihnen scheint diese Wirklichkeit so voll innerer Widersprüche, daß, angesichts dieser, die Klarheit des Blickes verfliehet und man zu immer vernorrneren Vorstellungen über die Praxis des Bolschewismus gelangt, oder man fühlt sich geneigt, die einen oder anderen markanten Momente in der Praxis bald „glücklichen Einfällen“ oder Klugheit, bzw. umgekehrt, dem bösen Willen oder der Niederträchtigkeit der einzelnen bolschewistischen Führer zuzuschreiben.

Und in der Tat: Oberflächlich betrachtet, kann man sich die Dinge scheinbar gar nicht anders erklären.

Heutzutage weiß ein jeder denkende Mensch, daß die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit einem beträchtlichen Grad von politischer Demokratie unlösbar verknüpft ist; daß diese beiden Dinge zueinander gehören, daß, also, die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung die Demokratisierung der politischen Struktur zu ihrer notwendigen Folge, und ihrer eigentlichen Ausdrucksform hat, weshalb auch sämtliche bürgerlichen Revolutionen sich im Zeichen der Demokratie vollzogen; daß Absolutismus, Autokratie die Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftformen ganz gewollig hemmt; daß, also, soll die kapitalistische Wirtschaft sich in besonderer Weise entwickeln, so sind die elementaren Grundlagen der Demokratie — Wort, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit, Parlamentarismus und eine Reihe an-

derer demokratischer Institutionen — die unerlässliche Vorbedingung hierzu.

Und was sehen wir während der letzten zwei Jahre im bolschewistischen Rußland? Einerseits: der „neue ökonomische Kurs“; vollständige Umkehr von der kommunistischen Wirtschaftspolitik, Denationalisierung der Betriebe, Freigabe des gesamten Handels, Herbeiführung des ausländischen Kapitals, überhaupt jegliches, manchmal direkt an Unterwürfigkeit grenzendes Entgegenkommen dem europäischen, wie amerikanischen Großkapital gegenüber; das endgültige Zugestehen des Privatbesitzes den Bauern.

Andererseits: absolute Autokratie; die Sowjets, die schon von jeher eine bloße Dekoration waren, sind als regierende Organe nun vollständig erdroffelt; der politische Terror wird immer schärfer; draconische Maßnahmen hageln auf die Bevölkerung zu einer Zeit hernieder, wo im ganzen Lande politische Ruhe und Friede herrschen und bereits niemand an eine Auflehnung denkt. Die den Sozialrevolutionären geltende Gerichts- und Aburteilungskomodie wird aufgezogen; das Streik- und Koalitionsrecht wird den Arbeitern endgültig genommen; eine unabhängige, irgendwie anders als bolschewistisch geritzte Presse darf garnicht erst entstehen, geschweige den bestehen; Massenverhaftungen werden zur alltäglichen Erscheinung; Tausende und Abertausende werden in die überfüllten Gefängnisse geworfen, in Zwangsarbeit gesteckt, nach Sibirien deportiert. Hinrichtungen häufen sich auf Hinrichtungen. In den letzten drei Monaten allein sind im kleinen Georgien Hunderte von alten bewährten Freiheitskämpfern hingerichtet worden. Außenpolitisch erreicht der Imperialismus der Bolschewiki gerade in dieser Periode seinen Höhepunkt und gelangt am deutlichsten zum Ausdruck; nachdem man, unter dem Deckmantel der Errichtung von Sowjet-Republiken, Arbeitscham und die übrigen Teile Kaukasus an sich gerissen hat, wird das freie, in Frieden lebende, sozialistisch regierte Georgien überfallen, militärisch niedergeworfen und einverleibt, und somit die rein imperialistische Wiedergewinnung Kaukasus endgültig vollbracht. Im fernen Osten feiert der bolschewistische Imperialismus ebenfalls seine Organe; nach Persien und darüber hinaus, bis nach Indien streckt er seine Fühler aus, im sichtlichen Bestreben, den hundertjährigen großimperialistischen Traum der alten russischen Zaren zu verwirklichen; in dem Verhasen zu den kapitalistischen Mächten des Westens treten ebenfalls die rein imperialistischen Formen und Methoden der Außenpolitik immer deutlicher, immer unverhüllter hervor.

Dieser schreiende, allzu schreiende Widerspruch zwischen der Wirtschafts- und Außenpolitik einerseits und der Innenpolitik der Bolschewiki andererseits ist es, der so manche Köpfe wirr macht.

Nur die wissenschaftliche Erkenntnis, die soziologische Analyse des Bolschewismus, seines Wesens und seiner Beschaffenheit ist imstande, diesen Widerspruch zu erklären, seine Wurzeln restlos aufzudecken.

Dem der bekannte Spruch: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, findet gerade auf das politische Leben seine bewährteste Anwendung. Nehmen wir z. B. die politische Funktion. Sie gehört zu den Unentbehrlichkeiten des heutigen Staatswesens; diese Funktion würde heutzutage von einer jeden Regierung ausgeübt werden müssen, und doch wird ein Polizeiparagraf, den eine Arbeiterregierung herzustellen hat, von wesentlich anderer Konstruktion sein, einen ganz anderen Charakter, eine andere Beschaffenheit und Anwendungsort aufweisen, als der gleiche Apparat in den Händen einer ausgesprochenen großkapitalistischen oder gar reaktionär-autokratischen Regierung.

Die Zeitlupe.

1500 Bilder in der Sekunde.

Bei der außerordentlichen Vollständigkeit des Films braucht man niemandem besonders vor Augen zu führen, wie groß die technischen Fortschritte sind, die die Kinetographie in der jüngsten Vergangenheit gemacht hat. Jedermann, schon der Schüler, weiß, daß es kaum noch einen bildhaften Vorgang gibt, der sich auf der weißen Leinwand nicht mit größter Naturtreue darstellen ließe. Die Leuchtbilder und die wissenschaftliche Kinetographie eröffnen uns Einblicke in Naturvorgänge, deren Geheimnisse dem Laien früher infolge der Unmöglichkeit gemeinverständlicher Darstellung völlig unverständlich blieben. Wir sehen seit langem Vorgänge von unaussprechlicher Winzigkeit durch das Kino in einer so gewaltigen Vergrößerung, daß wir beispielsweise die Bewegungen der roten und weißen Blutkörperchen und kleinster Krankheitserreger in der Blutflüssigkeit auf das deutlichste wahrnehmen können. Wir sehen aber auch Vorgänge, die sich mit ungeheurer Geschwindigkeit abspielen, auf ein Zeitmaß verteilt, das es dem menschlichen Auge ermöglicht, diese blitzschnellen Vorgänge in allen ihren Phasen klar zu erkennen. Der Zuschauer vor der Leinwand nimmt alle diese technischen Wunder als etwas Selbstverständliches hin und denkt kaum daran, was für geistreiche Kombinationen und Konstruktionen erst erfunden werden mußten, um solche Vorführungen überhaupt zu ermöglichen. Zu diesen kinematographischen Erfindungen von größter Bedeutung gehört die Zeitlupe, die dem Zweck dient, jene schnellen und schnellsten Bewegungsvorgänge festzuhalten und zu verlangsamen, die dem menschlichen Auge nicht mehr wahrnehmbar sind, weil ihre Geschwindigkeit die Aufnahmefähigkeit des Auges weit über-

steigt. Die Zeitlupe ist, wie A. Wiedemann-Dresden in der „Deutschen Optischen Wochenschrift“ darlegt, in bezug auf die Sichtbarmachung rascherer Vorgänge gewissermaßen das Gegenstück zum Mikroskop, das unserem Auge Vitbelindrücke vermittelt, die so klein sind, daß sie jenseits menschlicher Wahrnehmungskraft liegen. Schon der gewöhnliche Kinetograph, der in der Sekunde 16 bis 20mal wechselt, läßt uns bei deren verlangsamten Abrollen deutlich Vorgänge erkennen, die wir in ihrer natürlichen Geschwindigkeit nicht in ihre einzelnen Phasen zerlegen könnten. Aber der Zeitabstand zwischen den Einzelbildern ist für manche Zwecke noch viel zu lang, während eine Steigerung der Bildfrequenz bei den üblichen Kurvelasten mit rudervertem Filmtransport nur in ganz bestimmten Grenzen technisch möglich ist.

Eine starke Beschleunigung der Aufnahmen erfordert somit einen Apparat mit gleichförmig laufendem Filmband. Nun gab es zwar schon seit längerer Zeit den Funtenkinematographen, der eine Steigerung der Frequenz bis 100.000 in der Sekunde ermöglicht; diese Funtenkinematographie ist aber praktisch nur im verdunkelten Versuchslaboratorium für ballistische Untersuchungen an Gewehrgehossen und zur Aufnahme von Objekten sehr beschränkter Größe brauchbar. Für freilichtaufnahmen wird die Benutzung von Hochfrequenzapparaten mit Hilfe des elektrischen Funten wohl nie in Frage kommen, da hierbei nur Schattenrisse wiedergegeben werden. Erst die Erfindung der Zeitlupe durch Dr. Hans Lehmann hat das ebenso schwierige wie bedeutsame Problem gelöst. Sie bedeutet eine Erweiterung des Gesichtsfeldes über die Grenze der natürlichen Wahrnehmungsfähigkeit hinaus; sie vergrößert gewissermaßen die Zeit, in der rasche Bewegungen stattfinden, auf eine Dauer, die lang genug ist, um dem menschlichen Auge zu ermöglichen, das wahrzunehmen, was über seine natürliche

Aufnahmefähigkeit hinausgeht. Mit der Zeitlupe läßt sich die Bildzahl in der Sekunde bis auf 500 Aufnahmen steigern, die völlig ausreichen, selbst bei schnellsten Bewegungen die Einzelphasen deutlich festzuhalten. Was das bedeutet, erkennt man sofort, wenn man sich vergegenwärtigt, daß schon die Verlangsamung einer gewöhnlichen Aufnahme um ein Fünftel der Aufnahmezeit bei der Vorführung des Films beispielsweise den normalen Gang eines Menschen in ein trübes Schlenndern verwandelt. So muß eine Wiedergabe von Filmen, die mit der Zeitlupe aufgenommen sind, durch einen gewöhnlichen Apparat, der 16 bis 20 Bilder in der Sekunde abrollen läßt, alle Bewegungen bis um das Zwösfache auseinanderziehen und verlangsamen, wodurch das Auge jede einzelne Phase bequem auf dem Bildschirm erfassen kann.

Das technische Prinzip der Zeitlupe beruht darauf, daß statt des beim gewöhnlichen Aufnahmeapparat rudweise vor sich gehenden Abrollens des Filmbandes hier, wie schon gesagt, der Film gleichförmig und ohne jede Unterbrechung läuft, während die an der Aufnahme beteiligten Lichtstrahlen optisch stationär gemacht werden müssen. Das geschieht mit Hilfe einer vor dem Objekt angebrachten Spiegeltrammel, die die Lichtstrahlen auf den Film überträgt, und deren Umdrehungsgeschwindigkeit mit der gleichförmig laufenden Filmbewegung im Filmfenster genau abgestimmt werden muß. Von der genauesten Einhaltung dieser Grundbedingungen hängt das Funktionieren des Apparates ab, denn wenn das vom Objektiv des Apparates entworfene Bild nicht in gleicher Geschwindigkeit mit dem Film mitgeführt würde, so würde man nur verschwommene Schatten statt scharfer Bilder erhalten. Film und rotierende Spiegeltrammel müssen sich derart bewegen, daß immer je ein Filmbild und ein Spiegel miteinander in Wechselbeziehung treten und von den nächstfolgenden

Elementen ohne Pause abgelöst werden. Zur Untersuchung ballistischer Vorgänge hat man, um die Leistungsfähigkeit der Zeitlupe noch weiter zu steigern, drei Zeitlupe nebeneinander gekuppelt, jede mit eigenem Filmband, deren Spiegeltrammeln jeweils um ein Drittel des Winkels zweier Spiegel umeinander verdreht sind. Die Aufnahme liefert dadurch drei getrennte Reihenbilder, und bei günstiger Beleuchtung können mit dieser mehrfachen Zeitlupe ohne weiteres 1500 Bilder in der Sekunde aufgenommen werden.

Die Bedeutung der Zeitlupe läßt sich in ihrer Auswertung heute noch gar nicht überschauen, und erst die Zukunft wird lehren, was diese Erfindung für die Wissenschaft und Technik bedeutet. Aber schon jetzt hat sich der Apparat bei medizinischen und technischen Aufnahmen, bei der Feststellung maschineller Bewegungsvorgänge, bei der Analyse elektrischer Funten und bei der Klärung zahlreicher anderer Bewegungsprobleme hervorragend bewährt. Auch bei landschaftlichen Aufnahmen, wie z. B. in den beiden, überall vorgeführten Filmen „Die Wunder des Schneeschuhs“ und in andern Sportfilmen hat man die Zeitlupe verwendet und überraschende Wirkungen erzielt. Wohl wirken die selbstam verlangsamten erscheinenden Bewegungen der Skiläufer im ersten Augenblick höchst komisch; bald aber begreift auch der Laie die Bedeutung der Verlangsamung, wenn er so einen Einblick in den Vorgang der Sprungtechnik bekommt. Gerade für Schule und Unterricht eröffnet die Verwendung der Zeitlupe bei kinematographischen Aufnahmen noch ungeahnte Anschauungsmöglichkeiten, und bei dem unaufhaltsamen Fortschritt der Technik und ihrer täglich wachsenden Bedeutung für das praktische Leben wird es dank diesem Hilfsmittel möglich sein, die heranwachsende Generation weit mehr mit der Technik vertraut zu machen, als es bisher bei der vorwiegend theoretischen Unterrichtsmethode geschehen ist.

Beim Erfassen des Wesens wie des Sinnes einer Politik kommt es also in erster Reihe darauf an, wer diese Politik macht, von welcher sozialen Schicht sie ist, diejenige Regierung oder diejenige Gruppe, die die betreffende Politik repräsentiert; von welcher Art sind die Motive, die sie veranlassen, den einen bestimmten Weg in der Politik einzuschlagen. Wollen wir also an die hier aufgeworfene Frage über das „widerspruchsvolle“ Verhältnis zwischen der „Innen-“ und der „Wirtschafts“-Politik der Bolschewiki nicht in der Fläche des Wertens, sondern erkenntnistümlich herangehen, so können wir nicht umhin, diese Frage unter dem Gesichtswinkel ihres innigsten Zusammenhanges mit dem Urwesen des Bolschewismus selbst und seines historisch bedingten sozialen Inhaltes zu betrachten.

Das Urwesen des Bolschewismus aufzudecken, die Frage nach seinem sozialen Gehalt zu lösen, ist aber, wie schon bereits oben erwähnt, lediglich Sache der soziologischen Analyse, und deshalb müssen wir im vorliegenden Falle unbedingt auf diese zurückgreifen.

Was zeigt uns nun die wissenschaftliche Erkenntnis?

II.

Die von mir in meiner Schrift „Die Soziologie des Bolschewismus“ unternommene Analyse hat gezeigt, daß der Bolschewismus, als soziale Erscheinung, seinem Ursprunge wie seinem Wesen nach nichts anderes ist als die ideologische und politische Bewegung der Intellektuellen der dritten Stände. Seine Wurzeln, seine Eigenart und ihre Bedingtheit sind in der Spezifität der drittschichtlichen Intellektuellenphysiologie gegeben. Die markantesten Grundzüge derselben bilden aber die rebellistische und einzelkämpferische Denkmethode. Die erstere bildete sich heran dank der zwiespältigen Lage der drittschichtlichen Intellektuellen, die darin bestand, daß die Schicht einerseits als einzige Trägerin jeglicher sozialer Initiative, jeglicher politischer Selbstbetätigung und Organisation dem zurzeit noch unentwickelten, sozial unformigen Volksgang an dauernd gegenübersteht, während sie andererseits im Durchgehen ihrer Initiative und Organisation, im Verwirklichen ihrer Pläne gerade von derselben Volksmasse vollständig abhängig bleibt, die die Intellektuellenphysiologie als ewig jeglicher politischer Aristokratie und Selbstorganisation unfähig aufweist. Dies bildet den Ausgangspunkt aller rebellistischen Denkmethode. Die Entäußerung in die Erfüllungskraft des Volkes schafft den einzelkämpferischen (terroristischen) Zug im Denken des drittschichtlichen Intellektuellen. Wiederum wird aus der Not eine Tugend gemacht: aus dem Nichtmitmachen des Volkes folgert man das Allvermögen der „Starken“, der Intellektuellen selbst; genau so wie man sich vorher zum Alleinvermögen der Initiative und Organisation erhob, so krönt man sich nunmehr auch mit der Allmacht der Erfüllung. Der Träger des einzelkämpferischen Denkens kennt demnach in bezug auf sein eigenes Können weder Grenzen noch Unüberwindlichkeiten. Bei der politischen Anwendung dieser Denkweise ergibt sich aber mit zwingender Notwendigkeit die Formel von der Allmacht der Gewalt: „haben wir, die Starken, die Initiative, die Gewalt in den Händen, dann können wir mit Hilfe ihrer alles, was wir wollen, auch den Sozialismus, allen Widerständen zum Trotz, verwirklichen; denn allein auf den Willen und auf die Gewalt kommt es an.“ Für den Bolschewismus — dieses typische Produkt der klassenunformigen drittschichtlichen Intellektuellenart — wird somit die Frage der politischen Gewalt zum zentralen Problem, dem gegenüber alle anderen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme von untergeordneter Bedeutung sind. Und das Erhalten und Befestigen der einmal erlangten, von Allen unabhingigen, über dem Volke, über die Arbeiterklasse diktatorisch ausgeübten Gewalt wird nunmehr zum obersten Gebot, das über alles Tun und Lassen entscheidet, dem alles übrige zu dienen hat. „Denn“ — so sagt sich die bolschewistische Denkeinstellung — „wenn auch die Schwierigkeiten noch so groß seien und die Verwirklichung des Kommunismus immer wieder hinausgeschoben werden muß — über kurz oder lang werden wir ihn doch verwirklichen, wenn nur der Machtapparat, die politische Gewalt in unseren Händen bleibt. Deshalb muß uns, den Bolschewiki, die Macht unter allen Umständen erhalten bleiben — koste es, was es wolle,“ oder — um mit Madetskaus Worten zu sprechen —: „Wenn es darauf ankommt, verbinden wir uns auch mit dem Teufel Großmutter.“ So wird die Wächterhaltung zum Selbstzweck — zum ausschlaggebenden Faktor alles bolschewistischen Tuns und Lassens; zum einzigen Kriterium der Zweckmäßigkeit bei all ihrem Verhalten, bei all ihrem Handeln — sei es auf dem sozialen, auf dem politischen oder auf dem ökonomischen Gebiete. Das zeigt uns ihre ganze Vergangenheit, ebenso wie ihre Gegenwart mit eindeutiger Klarheit. Weil der erste Sowjet der Arbeiterdeputierten zu Petersburg vom Jahre 1905 als die wirklich unabhängige politische Selbstorganisation des Petersburger Proletariats keine Stufe zu ihrer Macht darstellte — deshalb lehnten ihn die Bolschewiki ab und bekämpften ihn denn auch auf das heftigste. Wo aber im Jahre 1917 die unmittelbare Gewalt es ihnen gestattete, die be-

Amerika bleibt der Sachverständigenkonferenz fern.

Ein Protest gegen Frankreichs Sabotage.

London, 2. November. (Havas.) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika teilte dem französischen Charge d'affaires mit, daß die Vereinigten Staaten an einer Konferenz der Experten, deren Wirkungsbereich in der Angelegenheit der Abschätzung der gesamten Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschränkt wäre, nicht teilnehmen könnten.



Konferenzort voraussichtlich Berlin.

London, 1. November. (Havas.) Blättermeldungen zufolge wird Ministerpräsident Poincaré die Anregung Englands auf Tagung des Sachverständigen-Ausschusses in Berlin wahrscheinlich annehmen.

London, 2. November. (M.) Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird hier berichtet, daß die belgische Regierung den von der britischen Regierung vorgeschlagenen Text genehmigt hat, daß aber von ihr einige kleine Änderungen vorgeschlagen wurden, die Großbritannien ohne Zögerung annahm. Die britische Regierung forderte nunmehr die französische und italienische Regierung neuerdings auf, zu der Einladung mit Einschluß der von Belgien vorgeschla-

genen Änderungen, ihre Zustimmung zu geben. Allgemein wird gewünscht, daß der vorgeschlagene internationale Organismus unverzüglich in Aktion trete.

Frankreichs Vorbehalte.

Paris, 2. November. (Havas.) Die französische Regierung nahm die Aufforderung der englischen Regierung, zur Teilnahme an gemeinsamen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten an, daß Amerika für die Sachverständigenkonferenz keine Vertreter nominieren. Frankreich macht aber den Vorbehalt, daß sich diese Konferenz ausschließlich mit der derzeitigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands befassen wird und daß die Rechte der Reparationskommission nicht berührt werden.

Die Ausgaben für den Militarismus.

Polen und die Tschechoslowakei in der Welt voran!

Anläßlich der vierten Sitzung des Völkerbundes ist neulich vom Völkerbund ein Bericht herausgegeben worden: Statistische Erhebungen über die Rüstungen der verschiedenen Nationen, worin im ersten Teil eine Uebersicht über die Heeresstärke in den verschiedenen Ländern gegeben wird, während der zweite Teil an Hand der offiziellen Angaben eine Uebersicht über die budgetmäßigen Ausgaben für die nationale Verteidigung in den Jahren 1921—23 enthält.

Ein ähnlicher Bericht wurde schon im vorigen Jahre vom Völkerbund über die Jahre 1920 bis 1922 herausgegeben. Der jetzt veröffentlichte Bericht umfaßt die Angaben von 17 Ländern. Es geht aus ihm hervor, daß der Militarismus besonders in zwei Ländern große Fortschritte macht, auch wenn man die Schwankungen des Großhandelspreisindezes berücksichtigt.

In der Tschechoslowakei gingen die Militärausgaben von 3.361.1 Millionen Kronen im Jahre 1922 auf 3000 Millionen Kronen im Jahre 1923 zurück. Da aber in demselben Zeitraum auch die Großhandelspreise sehr stark zurückgingen, sind die Ausgaben für militärische Zwecke in Wirklichkeit gestiegen. Wenn man die Ausgaben 1921 auf 100 festsetzt, waren sie 1922 gleich 128.7 und 1923 gleich 147.4.

In Polen war das Armeebudget wie folgt:

Jahr	In tausend Mark:	gleich	Prozent
1921	61,033,295	gleich	100%
1922	152,849,159	"	250%
1923	2,554,512,070	"	4185%

oder bei Berücksichtigung der Großhandelspreise gleich 100, 110 und 235%.

In einzelnen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Finnland, Belgien und Italien, blieben die Budgetanschläge für 1923 oder 1924 mehr oder weniger die gleichen, während die Aufwendungen für militärische Zwecke in Südafrika, Kanada, Dänemark, Frankreich, Norwegen, England, Schweden und der Schweiz einen starken Rückgang aufwiesen. Es muß jedoch hierbei die Tatsache berücksichtigt werden, daß die im Budget festgesetzten Beträge während des Budgetjahres öfters merkbar durch Nachtragsgesetze überschritten werden.

reits bestandenen Sowjets in eine Fiktion zu verwandeln und sie zu einem recht- und willenlosen Mittel ihrer unumschränkten Parteidiktatur zu machen, da erhoben sie den Scheinsowjet zum allrussischen Regierungs- und Verwaltungssystem. Bei allem äußeren Widerspruch des Sowjetvereins im Jahre 1905 und des Bejahens von 1917 ergibt sich bei näherer Betrachtung die vollkommene Konvergenz des bolschewistischen Verhaltens, dem in beiden so entgegengesetzten Fällen immer wieder dasselbe Motiv zugrunde lag: ihr Machtproblem. Es kam den Bolschewiki weder 1905 noch 1917 darauf an, ob das russische Proletariat zur Entwicklung und zum Gelingen seiner Kraft einer sowjetistischen Selbstorganisation bedarf (denn wäre das der Fall, so müßte das Verhalten der Bolschewiki in beiden erwähnten Zeitpunkten durchaus einheitlich ausfallen; entweder den Sowjet schon im Jahre 1905 bejahen oder ihn auch 1917 ablehnen), sondern lediglich darauf, ob der Sowjet den Aufgaben ihrer Machtergreifung und Erhaltung unter den jeweilig gegebenen Umständen dienlich gemacht werden kann.

(Schluß folgt.)

*) Wie es übrigens von den Bolschewiki auch unumwunden zugegeben wird.

Inland.

Die Vorgänge in der letzten Sitzung des Budgetausschusses weckten in der tschechischen Presse lebhaften Widerhall. Die „Narodni Listy“ greifen den Abgeordneten Němec scharf an und sagen, der Doyen der tschechischen Sozialdemokraten sei in der Politik kein Jüngling und könne voraussehen, wie die Opposition ein ihr von einer Partei, die ein wesentlicher Teil der Regierungskoalition ist, hingeworfenes Seil auffangen würde. Es sei traurig, zu konstatieren, daß er nicht so viel Voraussetzungen hatte, dies einzusehen. So viel in tatsächlicher Hinsicht. In politischer Hinsicht seien beide Extempora der tschechischen Sozialdemokraten im Budgetausschuß eine Verübung gegen das von den tschechischen Koalitionsparteien vereinbarte Arbeitsprogramm. Gegen die Debatte der Steuerungsverhältnisse auf parlamentarischem Forum habe niemand etwas. Aber alles zu seiner Zeit und an richtiger Stelle. Aber das Zerknagen einer Auslösgeweibe und dann zu rufen: „Es ist nichts gesehen!“ sei unwürdig. Das Mittwoch in dem Budgetausschuß geschah den ist, war ein Herausstreiten aus dem Gliede, war ein Akt und ein Faktum der Undiszipliniertheit und Unordnung. Es war eine Tat der Willkür und Ungebundenheit in einem Augenblicke, wo verbindliche Gemeinschaft notwendig ist. Zum Schluß hofft das Blatt, daß dies auch bei den tschechischen Sozialdemokraten anerkannt wird, und daß ein ähnliches Solo die Harmonie der tschechischen Koalition nicht stören wird, die alle ihre Kräfte zu einem einigen und harmonischen Werke anspannen muß. Die tschechischen Nationaldemokraten haben sich eben daran gewöhnt, die proletarischen Parteien in der Koalition zu kommandieren. Hoffentlich lassen sich die tschechischen Sozialdemokraten durch die nationaldemokratische „Entrüstung“ nicht einschüchtern.

Ein neuer Gesetzentwurf des Unterrichtsministeriums. Das Unterrichtsministerium arbeitet an einem Gesetze über die rechtliche Stellung der Hochschulassistenten auf Grund der im April stattgefundenen Enquete. Ursprünglich war vereinbart worden, daß der Gesetzentwurf vor der Ueberreichung im Parlamente den Professoren und Assistenten zur Aeußerung vorgelegt werden wird, aber das Ministerium hat seit dieser Zeit seine Ansicht geändert und wird den Gesetzentwurf dem Parlamente zur Verhandlung vorlegen.

Schulpferrungen und kein Ende. Die vom „Deutschen Schulverein“ im Jahre 1886 errichtete deutsche Privatschule in Venedig wurde im September 1919 von der politischen Bezirksverwaltung in Starzenbach widerrechtlich mit der Begründung gesperrt, daß der „Deutsche Schulverein“ als ausländischer Verein kein Recht hat, im tschechoslowakischen Staate Privatschulen zu erhalten. Am 1. Jänner 1920 hat jedoch der Deutsche Kulturverband als Nachfolger des Schulvereins in einer Eingabe an den Landes-Schulrat unter gleichzeitiger Anzeige des Wechsels des Schulleiters und der Lehrkräfte des Eruchens um Bewilligung der Wiedereröffnung der gesperrten Schule in Venedig gestellt. Dieses Ansuchen wurde abgewiesen. Gegen diesen Erlaß brachte der Deutsche Kulturverband die Beschwerde an das Ministerium für Schulwesen und Volkshultur ein. Die Beschwerde wurde vom Ministerium ebenfalls abgewiesen. Das daraufhin engerufene Oberste Verwaltungsgericht hat diese Entscheidung des Ministeriums aufgehoben. Das Ministerium war daher genötigt, eine neue Entscheidung zu fällen. Es entledigte sich dieser Aufgabe in einer Weise, welche einer äußerst merkwürdigen Verdrückung des ganzen Tatbestandes gleichkommt. Einerseits sucht es nachzuweisen, daß die Privatschule in Venedig eine Winkelschule war und daher mit recht gesperrt wurde. — In allen Schulvereinschulen im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik wurde der Schulbetrieb aufrecht erhalten und niemand hat behauptet, daß dieser Unterricht gegen

Gesetz und Recht verstoße und daher dem in einer Winkelschule gleichame. Nur in Venedig soll dies der Fall gewesen sein. Durch die ungesetzliche und von einer unzuständigen Behörde vorgenommenen Sperrung dieser Schule konnte ihre rechtliche Existenz naturgemäß nicht vernichtet werden. Es ist unbestreitbar, daß zwischen der alten Volksschule des Schulvereins und der neuen Schule des Kulturverbandes in Venedig ein rechtlicher und faktischer Zusammenhang besteht, und daß daher eine neuerliche Bewilligung gar nicht notwendig war. Die Abgeordneten Genossen Schäfer, Roscher und Hoffmann richteten daher im Abgeordnetenhaus an den Schulminister die Frage, ob er bereit ist, diese langwierige Angelegenheit, die nach der neuesten Entscheidung des Ministeriums die rechtliche Bahn zu verlassen beginnt, nunmehr in einer Weise zum Ende zu führen, welche den berechtigten Schulwünschen der deutschen Bevölkerung Venedigs entspricht und einen ungestörten Bestand dieser Privatschule zu gewährleisten vermag.

Die Schulverhältnisse im Gultschiner Ländchen. Eine im Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation der Abgeordneten Genossen Foll, Hege und Dr. Haas beschäftigt sich mit der Schulnot im Gultschiner Ländchen. Was die dortigen Schulverhältnisse anlangt, so rechtfertigt die bedeutende Zahl deutscher Schulkinder die Errichtung einer öffentlichen deutschen Volksschule. Für die Errichtung dieser Schule haben gemäß Paragraph sieben des Gesetzes vom 6. November 1901 in Schlesien die Schulbehörden zu sorgen. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit und ein Zeichen der ungleichmäßigen Behandlung des deutschen Schulwesens gegenüber dem tschechischen, daß dieser Notwendigkeit bis heute noch nicht Rechnung getragen wurde, noch dazu in einer Gemeinde, wo nach dem Ergebnisse der neuen Gemeindevahlen eine Mehrheit deutscher Bevölkerung aufzuweisen hat. Die Unterbringung der zweifelsfreien deutschen Volksschule könnte ohne weiteres in einem der drei öffentlichen Schulgebäude der Stadt Gultschin vorgenommen werden, welche heute sämtlich für das tschechische Schulwesen mit Beschlag belegt sind. Der baldigen Errichtung der deutschen Volksschule in Gultschin, die von den Interpellanten gefordert wird, stünde sonach bei einigem guten Willen der Regierung nichts im Wege.

Ausland.

Kommunistische Politik.

Die kommunistische Partei Deutschlands, deren Bündnisfähigkeit die letzten Vorgänge in Sachsen und der Hamburger Putzverwirrungen bewiesen, kennt, wie aus dem letzten Rundschreiben der kommunistischen Parteizentrale hervorgeht, nur zwei Ziele: Zerstückelung der Sozialdemokratie und Entseffung des Bürgerkrieges durch fortgesetzte, planmäßige Putzschritte. Dies ist der Zweck ihrer Bündnis- und Koalitionspolitik, ihrer sogenannten Einheitsfrontbestrebungen. Sie sind sich, wie aus besagtem Rundschreiben hervorgeht, klar darüber, daß der politische Generalstreik in der gegenwärtigen Situation den Kampf um die Macht und daher den bewaffneten Aufruhr bedeutet, wobei entweder wir unauflösbar bis zur völligen Niederschlagung des Gegners fortfahren, oder der Gegner uns völlig nieder schlägt. Erst muß die Arbeitererschaft zusammengeschweift werden, was sie bewirken wollen, indem wir zentral, bezirkweise und örtlich mit ADG, SPD, ADP, ADP und AFD verhandeln mit dem Ziel: gemeinsamer Kampf um Brot und gegen bayerische Reaktion, gemeinsame Vorbereitung des Generalstreiks. Diese Zusammenarbeit soll aber nur dem Zwecke des „Entlaredens“ dienen. Ihre ganze Politik dient, wie sie untereinander offen zugeben, der Zerstörung und Zerschlagung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie wissen selber, welche ungeheuren Gefahren heute die Entfaltung eines Generalstreiks für die Arbeitererschaft Deutschlands in sich birgt. Das hindert sie aber nicht, die Sozialdemokratie, die dieselbe Ansicht offen vertritt, eben deswegen des Verrats zu bezichtigen. Aber das Geschrei vom „Verrat“, die unwahre, demagogische, unverantwortliche Agitation hat den Geist der Zerschlagung auch in ihren eigenen Reihen erzeugt, was folgender Bericht über die letzte Mitgliederversammlung des zweiten Berliner kommunistischen Kreises beweist; dort wurde nämlich folgendes ausgeführt:

„Der Abschluß der Bewegung, vor der wir stehen, ist ein unglücklicher für die revolutionäre Bewegung. Warum hat die AD, die Zuspaltung der tschechischen Frage nicht bemerkt, um allein den politischen Kampf aufzunehmen. Die Partei hat nicht gekämpft, weil sie auf eine falsche Karte gesetzt hat, weil sie sich mit einem politischen Leichnam, mit der linken SPD, verbindet hat. Falsche Einheitsfrontpolitik! Die Lage der Partei ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Partei hat veräuert, den Massen klar zu sagen, daß die Diktatur der Arbeiterklasse nur durch den direkten Kampf erreicht werden kann. Antrag der Reichszentrale an Exekutive auf Abschließung der Berliner Bezirksleitung, weil sie zuvor gewarnt hatte, Bündnisse mit der linken SPD, zu schließen. Wir — die Bezirksleitung — taten alles, um das Berliner Proletariat auf die bevorstehenden Kämpfe einzustellen. Was kam? Vorgehen der Reichszentrale in Sachsen, Konflikt Müller-Feigert! Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Diesen entscheidenden Zeitpunkt hätte die Parteileitung be-

*) Der Verfasser gebraucht hier nicht den sprachlich näherliegenden Ausdruck einzelkämpferisch sondern einzelkämpfer, weil er ihn nicht von Einzelkämpfer, sondern von Einzelkampf (im Gegensatz zu sozialem Kampf) abgeleitet wissen will. Die Red.

nagen müssen. Chemnitzer Betriebsräte langweiliger Antrag auf Generalfreie, links SPD, abgelehnt. Hamburg hat los geschlagen auf Beisehl der Zentrale, dieselbe hat herr und blind auf die linke SPD. verkannt. Hamburg hat los geschlagen, weil ein Kurier an derbort Stunden zu spät eingetroffen ist. Antrag der Berliner Bezirksleitung auf Proklamierung des Generalfreie durch die Zentrale abgelehnt. Durch das Nichtkommen Vorsteh der Reaktion. Zweite Frage: Können wir jetzt noch kämpfen? Entscheidende Fragen. Regierung Zeigert abgelehnt. Darf die SPD, allein zum Generalfreie aufzuziehen, wenn auch die linke SPD, den Kampf ablehnt? Die sächsischen Arbeiter, die nicht kämpfen wollen, sind nicht schuld, sondern sie sind durch die falsche Leitung und Parolen zu dieser Passivität erzogen. Die Reichszentrale hat die Einberufung einer Konferenz abgelehnt. Welchen Weg hat die Partei jetzt zu wählen? Es sind in der letzten Zeit Ausstritte erfolgt. Wir haben das Gesicht verloren, weil wir falschen Parolen gefolgt sind, weil wir uns mit einem politischen Zeichnung verbunden hatten. Die Situation ist noch nicht entschieden, die SPD, muß die Führerin der deutschen Arbeiterkraft sein. Die SPD, und Gewerkschaften werden erledigt sein. Es ist aber notwendig, eine klare Politik zu schaffen. Es wird verlangt, daß diejenigen, die die Verantwortung für die falsche Politik der letzten zwei Jahre tragen, aus der Leitung entfernt werden!

Die Partei „hat versäumt . . .“ ist „falschen Parolen gefolgt“, hat keine „klare Politik“ — es muß gesäubert werden! Dies die Quintessenz der kommunistischen Politik. Besonders interessant an obigen Bericht aber ist, wie der Berliner „Vorwärts“ feststellt, „die erneute Bestätigung der Tatsache, daß genau wie beim Märzputsch 1921 die angeblich so spontanen Massenbewegungen des Proletariats in verhängnisvoller Weise von der Blindlichkeit der Kurieren der Zentrale beeinflusst werden. Die Wirkung bei den Massen ist klar. Der Feind der Arbeiterkraft strebt bekanntlich niemals für diese radikalen Herrschaften im fremden Lager, er steht immer im eigenen Lager, und deshalb ertönt der wohlbekannte Ruf: Die Führer haben uns verraten! Weg mit diesen Führern! Dieser Ruf wird so lange ertönen, bis nur noch Trümmer übrig geblieben sind.“

Die schabigen Reste. Unter diesem Titel schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ über die Spaltungstendenzen in der Großdeutschen Volkspartei: „Also wer wird sich von dem Nichts abspalten? Ei, natürlich einer, der noch weniger als nichts ist. Herr H. S. Wolf benützt die günstige Gelegenheit der Niederlage der Großdeutschen, um von sich wieder reden zu machen. Wahrhaftig, der H. S. Wolf, der einst so heftig heulen konnte, nach dem aber schon lange kein Bahrt mehr kräht. Mit ihm will sich der Dr. Stranßky abspalten, auch so eine deutschböhmische Größe von anno dazumal; vielleicht ist noch etlicher Abfall aus den deutschen Gebieten der Tschechoslowakischen Republik dabei, Mist, der beim großen Ausschreiben nach dem verlorenen Saksburgkrieg in Wien liegen geblieben ist. Außerdem ist noch ein Dr. Niehl dabei, der bereits von den Saksburgern abgestoßen wurde, als er ein großdeutsches Mandat anstrebte, das er, wie sich nun am 21. Oktober so lässlich gezeigt hat, auch nicht erhalten hätte. Die kläglichen Reste haben auch schon ein unsehbar wirkendes Programm: Den Massenantisemitismus wollen sie besonders betonen . . . als ob nicht schon die Großdeutsche Volkspartei, die, in den nichtsozialen Bezirken wenigstens, ihre Kontakte mit dem Saksburg verunzieren, die Jugkraft dieses Programms in allen Knochen zu spüren hätte! Nun, wenn schon die Null geleistet werden soll, dann begrüßen wir die Gründung der neuen Partei, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie noch den arischen Gurkenhändler Herrn Teufel aufnimmt und Herrn Karl Hermann Wolf zum Obmann macht. Sonst fremt uns die ganze Leich' nicht! Heil.“

Der Gärtner und der Tod.

Von Jean Cocteau.

Ein junger persischer Gärtner sprach zu seinem Prinzen:
„Ich bin dem Tod begegnet heute früh. Er hat eine drohende Gebärde gegen mich gemacht. Reite mich! Ich möchte durch ein Wunder heute abends in Spahan sein.“
Der gute Prinz leihete seine Pferde. Am Nachmittag begegnete der Prinz dem Tod.
„Warum“, fragte er ihn, „hast du heute morgens gegen unseren Gärtner eine drohende Gebärde gemacht?“
„Ich habe keine Gebärde der Drohung gemacht“, antwortete jener, „sondern eine Gebärde der Ueberraschung. Denn ich sah ihn fern von Spahan heute früh und ich soll ihn in Spahan hinaraffen heute abends.“
Aus dem Französischen übertragen von pk.

Der Geist des Mannes ist sonnenheller Tag;

der Geist des Weibes gleich mondheiler Nacht — und der trübste Tag ist heller als die hellste Nacht. Aber der Tag verdunkelt die Sterne und macht alles Leben irdisch, und die Nacht ruft alle Welten hervor und macht das Leben himmlisch. Der Tag bringt Blut und Dürre und Hag; alles austrocknend, beleuchtend, entzweit er die verwandtesten Dinge, bis selbst auf ihre Schatten; die Nacht bringt Milde und Trost und Liebe, und alle Grenzen verwischend, verschwistert sie, was sich feindlich oder fremd. Bö rne.

Dem Manne gehört die Welt, die äußere, unvollkommene, die Welt der Arbeit, des Kampfes, des Streites. Die innere Welt gehört vorzugsweise der Frau, eine Welt der Liebe und des Friedens, sobald es ihr gefällt, sie dazu zu machen. Darin ist sie die Herrscherin; da bereitet sie dem Kampf- und Arbeitsmüden erquickende Rast, da lehrt sie ihn vergeffen, was ihn dränken quält, lehrt ihn wieder tief und rein empfinden, wie ein frommes, glückliches Kind! Elisabeth Schilling.

Tages-Neuigkeiten.

Die große Lüge.

In einer Zeit wo Nationalismus und Militarismus Triumphe feiern und die scheinbaren Erfolge Poincarés sein Regime stärken, treffen, die französischen Gewerkschaften Vorbereitungen für eine große Demonstration für Friede und Arbeit. Am 11. November, dem Jahrestag des Waffenstillstandes, werden die französischen Arbeiter durch die Straßen von Paris ziehen und ihre Parole wird sein: „Krieg dem Kriege“.

Am gleichen Tage werden tausende von Müttern beim Denkmal des „Unbekannten Soldaten“ ihre im Kriege „für Recht und Freiheit“ gefallenen Söhne und Männer beweinen.

Die Behörden, die sich bei der Errichtung des Denkmals wohl bewußt waren, daß es dabei Gefühlsmomente anzubenten gibt, die eigentlich nicht ihrer Sache gelten, schmeicheln dem Publikum, indem sie den Zeremonien am Grabe des „Unbekannten Soldaten“ ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. In einem ausführlichen Artikel wird z. B. im „Temps“ berichtet, wie der Direktor der Schönen Künste in Zusammenarbeit mit dem Minister für das öffentliche Unterrichtswesen und der Präfektur dafür sorgen wird, daß am 10., 11. und 12. November am Grabe des „Unbekannten Soldaten“ vier riesige Fackeln brennen werden. Außerdem wird dem Projekt der „ewigen Flamme“ zu Ehren des „Poilu inconnu“ das größte Interesse entgegen gebracht. Welche Künstler könnten für die Ausführung in Betracht kommen? Welche Anordnung wird am ehesten dem Stil der ganzen Anlage gerecht? Soll es eine Gas- oder Leuchtlampe sein? usw. usw. Dies alles zur Glorifizierung der Soldaten, die ihr Leben hingegeben haben, weil man ihnen sagte und sie glaubten, daß ihr Kampf ein Kampf zur „Ausrottung des Krieges“ sei.

Am gleichen Tage melden französische Zeitungen, daß eine kleine Gemeinde des Dep. Yonne, die zu Ehren der gefallenen Krieger ein Denkmal errichtet und darunter die vom Gemeinderat einstimmig gutgeheißene Unterschrift „Krieg dem Kriege“ angebracht hat, von der Regierung des Herrn Poincaré einen Befehl erhielt, der sich u. a. auf eine königliche Ordronanz vom 10. Juli 1816 stützt und in dem die Gemeinde aufgefordert wird, die Inschrift binnen acht Tagen zu entfernen. . . . Der Abgeordnete Baron des Dep. Basses Alpes wird in der nächsten Kammer-Session im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit eine Interpellation einreichen und fragen, ob die Verwendung des Ausdrucks „Krieg dem Kriege“ von der Regierung als „aufrührerische Manifestation“ betrachtet wird. . . .

Wäge die Flamme am Grabe des „Unbekannten Soldaten“ ewig brennen: als Symbol einer großen Lüge!

Eröffnung der Frauenschule in Reindlich.

Unter Anwesenheit von etwa 35 Schülerinnen wurde Donnerstag um neun Uhr abends im Gesehungshaus in Reindlich die Frauenschule eröffnet. Genosse Dr. Josef Luitpold Stern richtete namens der Zentralbildungsstelle an die Schülerinnen die Bitte, dessen eingedenk zu sein, daß es die erste Schule dieser Art ist, die wir in der Tschechoslowakei haben und daß es die Pflicht der Schülerinnen sei, das erworbene Wissen in die Massen hinauszutragen. Namens des Parteivorstandes war Genosse Böhlz als Aufsicht erschienen, der dem venossen Eltern für die geleistete Vorarbeit dankte und ihm und den Schülerinnen Erfolg wünschte. Für das Frauenreichs-komitee und das Frauenkreiskomitee Aufsicht sprach Genossin Kirpal, die darauf verwies, daß Tausende von Arbeiterfrauen mit Freude und mit gewissem Reide die Schule verfolgen und daß auch sie gerne teilhaftig würden an der Vertiefung ihres Wissens. Es ist Pflicht aller Frauen, darauf zu sehen, daß diese Schule auch späterhin fortgeführt werde. Für die Kreisvertretung und den Kreisbildungsausschuß Aufsicht hielt Genosse Böhlz die Erschienenen auf Auffiger Boden willkommen und versprach, alles zu tun, dankt sich die Genossinnen wohl fühlen. Der Verwalter des Gesehungshauses, Genosse Schneider, versprach seinerseits, für das leibliche Wohl der Schülerinnen zu sorgen. Als erster der Erschienenen Lehrer sprach Genosse Dr. Kleinberg den Wunsch aus, daß die Schule eine innige Zusammenarbeit der Schülerinnen und Lehrer bringen möge. — Die Schule begann gestern früh um acht Uhr. Den ersten Vortrag hielt Genosse Dr. Kleinberg, der über „Die Frau im Spiegel der Kunst“ sprach.

Das opferfreudige deutsche Bürgertum.

In der deutsch-nationalen „Brücker Zeitung“ findet sich folgende Notiz:
Und das deutsche Bürgertum . . . ? Aus Oberleutensdorf wird uns gemeldet, daß sich auf den Aufruf zur Unterbringung deutscher Gastkinder drei deutsche Arbeiter meldeten. Wo bleibt das demittelte Bürgertum?
Die Frage der „Brücker Zeitung“ klingt etwas überraschend, denn sie müßte doch ihre

Deute, für die sie schreibt, besser kennen und wissen, daß das deutsche Bürgertum nur dann opferfreudig ist, wenn sein Geldsack nicht tangiert wird. Von schönen Worten aber werden die deutschen Gastkinder kaum satt werden.

Zwei Tote bei einem schweren Bauunglück in Bodenbach. Bei dem Bau eines Kanals der tschechischen Schule in Bodenbach stürzte gestern nachmittag der Kanalarbeiter Oswald Kristen und ein Arbeiter und eine Breite von einmhalb Metern besitz, in einer Länge von drei Metern ein, wobei die Arbeiter Oswald Kristen aus Ullgersdorf und Franz Heller aus Bünaburg verschüttet wurden. Ein dritter Arbeiter, der auf dem oberen Teil des Schachtes arbeitete, konnte sich retten. Auf dem Unglücksplatz arbeiteten Arbeiter vom Bau der tschechischen Schule und eine Militärabteilung die ganze Nacht. Erst heute früh wurde die Leiche des verschütteten Hellers zutage gefördert, im Laufe des Nachmittags die Leiche Kristens. Oswald Kristen, der 24 Jahre alt ist, war seit vier Wochen verheiratet, Heller war Vater von sechs Kindern. Die Ursache des Unfalles dürfte im Mangel der nötigen Vorsichtsmaßnahmen, vor allem der Stützen des Schachtes, zu suchen sein.

Die Welt will von Deutschlands Not nichts mehr hören.

Die „Reformierte Schweizer Zeitung“ Basel schreibt über die ungeheure Not in Deutschland:
„Das Elend in Deutschland ist die Sorge der Welt. Wer soll die vorhandenen Nahrungsmittel noch kaufen können, wenn die Presse nicht nur von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde in die Höhe schnellen? Es ist ein Elend, das einen Stein erbarmen möchte, himmelschreiend das Elend der Kinder, die einfach verderben und den Angriffen jeder Krankheit preisgegeben sind. Aber die Welt will von diesen Dingen nichts mehr hören. Man hat für die Armenier gesammelt, man hat für 20 Franken ein Russenleben gerettet, der deutschen Not gegenüber besitz ein eigentlicher Horror, man hält sich Ehren und Augen zu und will nichts davon hören und nichts sehen, weil man sonst helfen müßte — über seine Mittel, gar nicht anders könnte als helfen, wo immer es ginge! Oder nicht? Es ist auch möglich, daß man nutzlos jede Hilfsaktion einstellt, weil es unmöglich scheint, zu Rand zu kommen, unmöglich für den einzelnen, unmöglich selbst für ganze und mächtige Organisationen. Nach nennjährigem Krieg, vier Jahre im Felde und fünf Jahre Nachkrieg, ist man nun glücklich so weit, daß Deutschland russischen Zuständen preisgegeben wird, preisgegeben mit bewußter Absicht aus purer Angstpolitik.“

In dieser charakteristischen Auslandsstimme bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: Demnach werden wir uns zunächst selbst helfen müssen, damit dann, wenn es nicht mehr gar zu arg ist, die Welt Ehren und Augen wieder aufmachen kann.

Die „staatsgefährlichen“ Wibelforscher.

Die Dresdner „Wibelforscher“ hielten in der „Reichskrone“ am Bischofsweg eine Versammlung ab. Da der Saal zeitig gefüllt war, wurde er geschlossen. Unterdessen hatten sich noch gegen 200 bis 300 Menschen angeammelt, die noch Einlass begehrten. Durch irgendeine Person war nun der Polizei mitgeteilt worden, daß an der „Reichskrone“ eine Menschenansammlung stattfindet. Pflötzlich kamen zwei Autos mit Sipo angefahren. Die Beamten trieben, ehe sie sich überzeuget hatten, was los sei, mit drohenden Gummiknüppeln die meist aus älteren Männern und Frauen bestehende Menge auseinander. Geschlagen wurde nicht. Als die Beamten der Sipo erfuhren, um was es sich eigentlich handelte, erklärten sie zu ihrer Rechtfertigung, sie seien telephonisch gerufen worden. — Dieser Vorfall ist beziehend für das „fortschre Aufwachen“ der Sipo in Sachsen.

Die Bedrückung der deutschen Volksschule in Unter-Teschau im Bezirke Schüttenhofen.

In Unter-Teschau besteht eine deutsche Volksschule. Von tschechischer Seite wird mit Nachdruck gegen den Bestand dieser deutschen Schule gearbeitet. Der Gemeindevorsteher in Gaberle zum Beispiel — Unter-Teschau ist ein Ortsbestandteil von Gaberle — weigert sich, seit 5 Jahren die Schulumlagen für die deutsche Schule in Unter-Teschau auszusahlen. Im Schlepptau dieser Agitatoren sucht nun auch das Landesschulratspräsidium den Bestand der deutschen Schule in Unter-Teschau zu untergraben und die Klassenzahl herabzusetzen. Die Abg. Genossen Uhl, Schuster und Leibl richteten daher folgende Anfrage an den Unterrichtsminister: Ist er bereit, das Landesschulratspräsidium an der Durchführung dieses ungesetzlichen und durch nichts begründeten Planes der Herabsetzung der Schullast zu verhindern? Gedenkt er die sofortige Räumung des deutschen Schulgebäudes in Unter-Teschau durch den Lehrer der tschechischen Minderheitschule vornehmen zu lassen, zumal das tschechische Schulgebäude bereits vollständig fertiggestellt ist? Ist er bereit, das Gemeindevorsteher in Gaberle und den Landesschulrat zu beauftragen, die widerrechtlich zurückgehaltenen Schulumlagen der Schulgemeinde Unter-Teschau abzuführen?

Demonstrierende Blinde im Münchner Rathaus.

In der letzten Sitzung des Münchner Stadtrates, in der die Straßenbahnfreifahrt der Blinden auf der Tagesordnung stand, erschien eine Anzahl von Blinden mit ihren Führern auf der Zuhörtribüne. Da die Behandlung dieses Gegenstandes hinausgezögert wurde, machte sich bei den Blinden eine lebhafteste Erregung geltend, die in wiederholten Zwischenrufen zum Ausdruck kam. Als Bürgermeister Schmid dies verwies,

wurde der Lärm noch lebhafter, so daß die Sitzung einige Zeit unterbrochen werden mußte. Darauf erhob sich auf der Tribüne neuer Lärm und es wurde den Stadträten zugerufen, sie sollten sich schämen, so wenig soziales Empfinden zu haben.

Peljusas Generale wollen nach Sowjetrußland.

Aus Moskau wird gemeldet: Ataman Tjutjunik, welcher früher General in der Armee Peljusas war, wendete sich an den allukrainischen Exekutivausschuß mit der Erklärung, daß er des Kampfes gegen die Sowjetregierung entsage und um Bewilligung zur Rückkehr nach der Ukraine bitte. Nebenbei: Kinnchen richteten zahlreiche Freunde Tjutjuniks, darunter auch Doroschenko, der seinerzeit Vorsitzender des Militärates unter Peljusas war, an den Exekutivausschuß.

Ein Kampf um die Zeitrechnung.

Ein eigentümlicher Konflikt ist zwischen den finnischen Behörden und den Mönchen des Valamo-Klosters im Ladogagebiet ausgebrochen. Die Mönche weigern sich nämlich, dem Regierungsgebot wegen Einführung des gregorianischen Kalenders Folge zu leisten, und deswegen wurden fünf von ihnen, die nicht finnische Staatsangehörige sind, im Bezirksgefängnis von Wiborg eingesperrt. Sie werden voranschließlich ausgewiesen werden. In der Presse ist ein lebhafter Meinungsstreit über die Frage im Gange, ob die Behörden das Recht zu derartigen Maßnahmen haben; die Vertreter des verneinenden Standpunktes weisen darauf hin, daß ein solcher Zwang gegen den Grundsatz der religiösen Freiheit verstoße, da für die Anhänger der orthodoxen Kirche die Zeitrechnung eng mit der Religion zusammenhänge.

Polizistenstreik in Melbourne.

Die Polizisten von Melbourne (Australien) sind in den Streik getreten, weil ihre Forderung nach Abberufung eines allzu strengen Inspektors abgelehnt worden war.

Die Zukunft der Festung Verdun.

Wie der „Matin“ meldet, besteht der Plan, aus Verdun eine Industriestadt zu machen. Man plant, auf den ausgedehnten, an die Festung angrenzenden Grundstücken einen großen Flußhafen anzulegen, der alle modernen Verkehrsverbesserungen aufweisen würde. Drei bedeutende Industriegruppen beschlossen, in Verdun Niederlassungen zu eröffnen und in den umfangreichen Kasernen vorerst 2000 bis 3000 Arbeiter unterzubringen. Die große Garnison, die in der Vorkriegszeit die Grundlage für die Existenz der Bewohner von Verdun bildete, ist nicht zurückgekommen. Für die Einwohner, die zurückgeblieben, mußte eine andere Lebensmöglichkeit geschaffen werden, denn die zerstörten Häuser, die mit Eifer wieder ausgebaut wurden, blieben zum großen Teile leer.

70 Pfundscheine im Reich.

Im Wiener Lustspieltheater verlor dieser Tage eine Frau ein Kuvert, das 70 englische Pfundscheine im Werte von etwa 23 Millionen österreichischer Kronen enthielt. Die Bedienerin, welche nach der Vorstellung das Theater reinigte, steckte mit anderen Papierschnitzeln auch das Kuvert in eine Tasche, ohne es vorher anzusehen. Sie pflegte allabendlich die gesammelten Papierabfälle zu verbrennen und hätte auch die Pfundscheine der Flammen überliefert, wenn nicht die Praterpolizei sie schleunigst aufgesucht und über den Wert ihres Fundes belehrt hätte.

Der Berliner „Joo“ wandert aus.

Wie die „Nigaische Rundschau“ erfährt, beabsichtigt eine Nigae-Gesellschaft den Nigae Zoologischen Garten wieder aufzubauen. Es soll die Absicht bestehen, die Insassen des Berliner Zoologischen Gartens nach Nigae zu überführen, da der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands die Flitterung der Tiere und den Unterhalt des Zoologischen Gartens in Frage stellt.

Was er ausländisches Geld bei sich hatte.

In dem Berliner Vorort Neukölln wurde Mittwoch vormittags der 66jährige Rentner Otto Kochhan vom 67jährigen Schneidermeister Karl Schulz mit einem Bittgeleisen und einem Normalbügel niedergeschlagen. Die Verletzung Kochhans ist eine schwere. Schulz, der mit Kochhan seit längerer Zeit zusammenwohnte, wollte sich in den Besitz ausländischen Geldes setzen, das er bei seinem Zimmerkollegen gesehen hatte.

Schulungsentlastung.

Einen Streich von furchtbarem Leichtsinne leisteten sich zwei Schulungen in Ober-Adon. Sie setzten sich auf das Schienengleis, um zu sehen, wer von ihnen am längsten vor dem herannahenden Schnellzug Darmstadt-Frankfurt aushalte. Einer der Buben sprang noch rechtzeitig beiseite. Der andere aber konnte sich gerade noch im letzten Augenblick zwischen die Schienen werfen, so daß der Zug über ihn hinwegfuhr, ohne ihn zu verletzen. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, und der Schlingel bekam zunächst von dem erbohten Lokomotivführer die entsprechende Tracht Prügel, worauf er der Polizei zugeführt wurde.

Ein verkannter Fuchs.

Vorige Woche erblickte ein alter Jäger von Neukirchen an der Entenach in seinem Revier einen Fuchs und schoß sofort auf ihn. Nach dem Schusse erfolgte ein Geschrei. Der biedere Jäger hatte nämlich ein Liebespärchen angeschossen, von dem der weibliche Teil einen Fuchsbau um die Schultern gehangen hatte. Die Maid wurde an der Schulter getroffen und ihr Begleiter erhielt einige Schrotkörner in den Kopf und in den Hals.

Ein Mittel gegen Aterienverkalkung.

Wie die Blätter melden, ist es dem Prof. an der Prager tschechischen Universität Doktor Madajovsky gelungen, ein Mittel zu erfinden, mit dem Aterienverkalkung zu heilen sei. Prof. Dr. Madajovsky nennt das neue Mittel „Ateriosklerose-Marietherma“. Die Ergebnisse sind noch nicht überprüft. Das neue Mittel soll den Kranken in wenigen Tagen Erleichterungen schaffen.

trifft die Lebenshaltung der Arbeiter unergleichlich mehr, als es etwa verlorene Streiks zu tun vermögen.

Aufhebung der Preisobergrenzen in den Bahnhofsrestaurationen. Das Versorgungsministerium hat im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium ab 5. d. M. den elfprozentigen Zuschlag zu den Preisen in den Bahnhofsrestaurationen aufgehoben.

Der neue Markkurs. Zu dem aus New York gemeldeten Markkurs, der einer Parität von 333 bis 500 Milliarden Mark für den Dollar entspricht, sagt der Berliner „Vorwärts“: Die Mark scheint rettungslos verloren zu sein.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Schutzpolitik. Eine am 1. November in London stattgefundene Versammlung des Allgemeinen Rates des Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen in der zum Widerstand bis zum Äußersten gegen die Schutzpolitik der Regierung aufgefodert wird.

25jähriges Jubiläum des Centrosojus. Am 5. November l. J. feiert der Zentralverband russischer Genossenschaften das 25. Jubiläum seines Bestehens.

„Mamon Ledent“, lyrisches Drama von Giacomo Puccini. (Erstaufführung im Neuen Deutschen Theater, 1. November 1923.) Zwingende Gründe für die Aufnahme dieser Oper in den an Puccini-Werken so reichen Spielplan unseres Theaters waren kaum vorhanden.

gemischten Schiffsahrtsgesellschaft vor, die den Namen „Bureau des voyages Ocean“ führen und das russische Ein- und Auswanderungsgeschäft betreiben wird.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague (Prag) and Vienna (Wien) in terms of Reichsmark and Schilling.

Prager Kurse am 2. November.

Table with gold and silver prices in Prague for various items like 100 gold, 100 silver, etc.

Wiener Schlusskurse am 2. November.

Table with exchange rates for various cities like Paris, London, Berlin, etc.

Der Film.

Wran-Urania-Kino.

Gmecty 22.

Eröffnungsvorstellung.

„Wilhelm Tell.“ Großer Monumentalfilm. In den Hauptrollen: Hans Marr, Erich Käfer-Lieg, Konrad Veidt, Erna Morena.

Kunst und Wissen.

„Mamon Ledent“, lyrisches Drama von Giacomo Puccini. (Erstaufführung im Neuen Deutschen Theater, 1. November 1923.)

Advertisement for TEEMARKE featuring an illustration of a woman and a teapot. Text: „MEIN MANN HAT RECHT, ich kaufe nur TEEMARKE“.

Internationaler Schiffstrust. Die russische Regierung hat den Konzeptionsvertrag genehmigt, der zwischen der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der White Star Line sowie der russischen staatlichen Handelsflotte und der russischen freiwilligen Flotte abgeschlossen wurde.

das Schönste neben Banalitäten stellt. In dieser Hinsicht ähnelt Puccini seinem berühmteren Vorbilde Verdi. Gegenüber der populär gewordenen, aus dem Jahre 1884 stammenden gleichnamigen Oper „Mamon“ des Franzosen Massenet, die in der Zeichnung der Figur der unglückseligen, liebe- und luxuriöseren Mamon durchwegs lyrisch wirkt, betont Puccini mehr das dramatische Element.

Als 2. Arbeiterdarstellung gelangt am 18. November nachmittags im Neuen Deutschen Theater „Das Käthchen von Heilbronn“ von Heinrich Kleist zur Aufführung.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Der Kühne Schwimmer“; morgen Sonntag „Madi“.

Urania.

Wochenprogramm.

Heute entfällt „der Handfertigkeitstanz“ Prof. Bruscha.

Heute, 6 Uhr: „Ausgewählte Kapitel aus dem kaufmännischen Rechnen“, Prof. Flusser.

Heute, 8 Uhr: „Wissenschaftliche Handfertigkeit“, Prof. F. H. Berner-Paldane.

Montag, 8 Uhr: (Gr. Saal): „Lieder und Balladen zur Laute“, Robert Rothe und Lies Engelhardt.

Montag, 8 Uhr: (Kinosaal): „Unser heimisches Gebirge“ (Altvater- und Spiegelgebirge), mit 120 Licht- und Film. Prof. Rud. Klimmed.

Montag, 8 Uhr: (K. Saal): „Jugendberziehung“, Henriette Fürst-Frankfurt a. M., veranstaltet vom Sonderauschuss Prag für alkoholfreie Jugendberziehung.

Dienstag, 6 Uhr: (Kinosaal): „Die Wunder der Wasserwelt“, mit Licht- und Filmen. Prof. F. Stridde-Frankfurt a. M.

Dienstag, 8 Uhr: (Gr. Saal): „Aus ungedruckten Werken“, Karl Sternheim. „Der Nebel“, u. a.

Donnerstag, 8 Uhr: Vortragabend Helene Henke-Breslau. 1. Teil: Der Liebe Freund, der Liebe Leid in der deutschen Dichtkunst von Goethe bis in die Neuzeit. 2. Teil: „Das Gegenlieb“ von Bildenbruch, Muff v. Schillings.

Freitag, 8 Uhr: „Wissen und Bildung“, Kirchentag Dr. Sichert.

Freitag, 8 Uhr: „Amerika und Europa“, Dr. Paul Rohrbach-Berlin.

Samstag, 8 Uhr: „Hinter den Kulissen des Völkerbundes“, Arnold Hillriegel. (Gemeinsam mit dem Verband der Bank- und Sparkassabeamten) Karten zu allen Veranstaltungen 0-1 und 3-7 Uhr. Urania-Kasse.

Die nächsten Kurse:

Beginn: Mitte November.

I. „Einführung in die englische Literaturgeschichte“, Fr. Professorin Dittrich-Pollak.

II. „Einführung in die Astronomie“, Univ.-Prof. Frey.

III. „Kunstgewerbliche Handarbeiten für den Weihnachtstisch“, Heda Fleischer.

IV. „Die Erde und ihre Entwicklung“, Univ.-Doz. Dr. Liebus.

V. „Die deutsche Frau als Dichterin in alter und neuer Zeit“, Fr. Professorin Marie Seewald.

VI. „Deutsche Literaturgeschichte“, Dr. Körner. 1898

Aus der Partei.

Alle Zuschriften an das Parteisekretariat und an die Zentralstelle für das Bildungswesen sind nur an die Adresse: Prag II., Habliczkovo náměstí Nr. 32 zu richten. Telefonnummer 6795.

Markenbestellungen sowie Geldverrechnungen sind auch ferner an die Adresse Dr. Karl Heller, Lepliz-Schönau, Königstraße 2, zu richten. (Die Parteiblätter werden um Nachdruck ersucht.)

Bereinsnachrichten.



Naturfreunde „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 4. November: Sonntag Anichowice, Silberkajak, Kocchredn. Zusammenkunft 7 Uhr 20 Wliffonbahnhof. Abfahrt 7 Uhr 45. Führer Schönfelder. 1897

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das holprige Steinpflaster unserer Straßen macht nicht nur bald müde, sondern bewirkt auch eine rasche Abnutzung der Schuhe. — Es sollte daher jeder in seinem Interesse darauf sehen, daß an jedem Schuh Palma-Kautschuksohle und Palma-Kautschuksohle angebracht werden. — Die vielen Vorteile, die das Tragen von Kautschuksohlen und Kautschuksohlen bietet, überzeugen jeden sofort von der großen Wichtigkeit, die diesem schmalen nebenlichem Artikel zukommt. — Elastisches Gehen, keine Ermüdung, sicherer Schuh von Risse und vor allem die größte Billigkeit gegenüber Lederabsätzen und Ledersohlen, bei größerer Haltbarkeit, machen Palma-Kautschuksohle und Palma-Kautschuksohle zu einem unentbehrlichen und selbstverständlichen Bestandteil für jeden Schuh. 1897

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Döll.

Advertisement for Kuhl & Kretsch Likörfabrik, Teplitz-Schönau. 1476

Advertisement for Kalla's Bratheringe Fischkonserven, Bäcklinge. 1893

Zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.

Advertisement for Damen- und Herren-Schulzmittel. 1777

Advertisement for Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“ in Wien. 1363

Inserieren bringt Erfolg!

Advertisement for Heimerdienst and Sozialdemokrat. 1898

Advertisement for Verbandstoff-Werke Teplitz-Schönau. 1527